

## Konflikt um Uni-Grundstück in Berlin: Containerdorf oder Bauprojekte?

Proteste gegen Flüchtlingscontainer auf Uni-Gelände in Berlin-Dahlem entfachen hitzige Diskussionen über den Umgang mit Migration in der Stadt. Wie reagiert die Freie Universität auf die umstrittenen Senatspläne?  
#Flüchtlingsunterkunft #Berlin #Integration

Das Grundstück an der Thielallee 63 in Berlin-Dahlem, das derzeit nur als Parkplatz genutzt wird, soll laut den Plänen des Senats für den Bau eines Flüchtlingscontainerdorfes für 260 Flüchtlinge genutzt werden. Dies stößt jedoch auf Widerstand, insbesondere von der Freien Universität, die darauf hinweist, dass sie dort ein Gebäude für Lehre und Forschung errichten möchte. Die Uni fühlte sich übergangen und kritisierte, dass die Hochschulleitung zu diesen Maßnahmen nicht konsultiert wurde.

Die Freie Universität Berlin betonte ihre Bereitschaft, geflüchtete Menschen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen. In der Vergangenheit hatte die Universität bereits Maßnahmen ergriffen, um geflüchteten Menschen in Notunterkünften zu helfen. Die Uni wies darauf hin, dass sie das Grundstück ab 2023 dringend für eigene Baumaßnahmen benötigt und verwies auf leerstehende Gebäude der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in der Nähe als Alternativvorschlag für die Flüchtlingsunterbringung.

Der Sonderbeauftragte für Flüchtlingsfragen beim Senat, Broemme, verteidigte die Entscheidung, Flüchtlinge auf dem brachliegenden Grundstück unterzubringen, solange es nicht anderweitig genutzt wird. Der Senat hat Ende März beschlossen, 16 weitere Containerdörfer zu errichten, da der Bedarf an

Unterkünften für Flüchtlinge in Berlin weiterhin hoch ist. Bürgermeister Wegner räumte ein, dass es schwierig war, Einigkeit über die Standorte zu erzielen, betonte jedoch die Notwendigkeit, die soziale Infrastruktur für Flüchtlinge zu verbessern.

Die geplante Verteilung der Containerdörfer in den verschiedenen Bezirken Berlins zeigt, dass insbesondere die Ostbezirke verstärkt Flüchtlinge aufnehmen sollen. Dies führt in einigen Bezirken zu einer erhöhten Belastung, während andere leer ausgehen. Der Widerstand gegen die Flüchtlingsunterbringung in vornehmen Stadtteilen ist nicht neu, wie am Beispiel Heckeshorn am Wannensee deutlich wird, wo ein Anwohner seit Jahren die Unterbringung von Flüchtlingen in einer ehemaligen Klinik verhindert.

In den sozialen Medien wird heftig über den Widerstand der Freien Universität diskutiert, da sie als weltoffen gilt, aber Kritik für ihre Ablehnung der Flüchtlingsunterbringung erhält. Einige Nutzer betonen die Notwendigkeit von dezentralen Unterkünften für Flüchtlinge und fordern die Universität auf, den Parkplatz temporär zur Verfügung zu stellen. Kritiker sehen in der Haltung der Uni eine Diskrepanz zur sonstigen offenen und toleranten Einstellung und hinterfragen deren Entscheidung im Kontext der sozialen Verantwortung für Geflüchtete.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)**